



VOLKSANWALTSCHAFT



NGO-FORUM 2016

**DIE VOLKSANWALTSCHAFT INFORMIERT
ÜBER DIE KONFERENZ AM 4. JULI 2016**

Leicht
verständlich
dargestellt

Beim NGO-Forum treffen sich Vertreterinnen und Vertreter von verschiedenen NGO und der Volksanwaltschaft. NGO bedeutet: Non-Governmental Organisations, auf Deutsch: Nicht-Regierungs-Organisationen. Das sind zum Beispiel Vereine wie BIZEPS, SOS-Menschenrechte oder auch Greenpeace und Amnesty International. Das Treffen fand im Palais Epstein am Dr.-Karl-Renner-Ring 1 in 1010 Wien statt.

Der folgende Bericht fasst zusammen, was im Plenarteil besprochen wurde. Beim Plenarteil sind alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer dabei.



Begrüßung durch Volksanwalt Günther Kräuter

2

Volksanwalt Dr. Günther Kräuter begrüßte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Auch Parlamentsdirektor Dr. Harald Dossi begrüßte alle Anwesenden. Er sagte, dass die Zusammenarbeit zwischen den NGO und engagierten Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist.

Anschließend sprach Günther Kräuter über die Ziele des Forums: Die Situation von Menschen mit Behinderung soll untersucht werden: Wie wird die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verwirklicht? Wie werden die Lösungen aus dem „Nationalen Aktionsplan

Menschen mit Behinderungen“ (NAP MmB) umgesetzt? Er forderte alle auf, die Rechte von Menschen mit Behinderung umzusetzen.

Günther Kräuter stellte das Programm beim NGO-Forum kurz vor. Er erklärte, dass die Veranstaltung aufgezeichnet wird und nachgehört werden kann. Außerdem sagte er, dass es Berichte in Leicht verständlicher Sprache geben wird: auf der Homepage der Volksanwaltschaft.

Günther Kräuter sprach über eine neue Regelung im Dienstrecht, die im Parlament vor Kurzem beschlossen wurde. Dadurch wird die Situation von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt verbessert. Er kritisierte aber auch den langsamen Fortschritt beim „Nationalen Aktionsplan Menschenrechte“ (NAP MR). Die Volksanwaltschaft muss weiter für Gleichberechtigung kämpfen.

Ein weiteres Thema erwähnte Günther Kräuter in seiner Einleitung: die Darstellung von Menschen mit Behinderung in den Medien soll verändert werden. Günther Kräuter verwies dabei auf den Vortrag von Maria Pernegger. Abschließend stellte er alle Vortragenden und ihre Beiträge vor.

Menschen mit Behinderung in den Massenmedien

Medien-Expertin Mag. Maria Pernegger von MediaAffairs hielt einen Vortrag mit dem Titel: „Die mediale Inszenierung von Menschen mit Behinderung in österreichischen Massenmedien“.

In ihrer Studie untersuchte sie, wie Menschen mit Behinderung in den Medien dargestellt werden. Die untersuchten Medien waren: die Tageszeitungen „Die Presse“, „Der Standard“, „Kronen Zeitung“, „Kurier“, „Österreich“ und „heute“.

Außerdem die Zeit-im-Bild-Nachrichten im ORF-Fernsehen und die Social Media dieser Medien.

Maria Pernegger sagte, dass Menschen mit Behinderung oft in einer Parallelwelt leben. Sie besuchen meist eigene Sonderschulen oder Werkstätten. Sie erleben viele Barrieren: bauliche Barrieren, aber auch im sozialen Bereich oder in den Köpfen der Menschen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) möchte vor allem das Bewusstsein ändern, wie Menschen mit Behinderung wahrgenommen werden. Dabei sind vor allem auch die Medien



gefordert. Sie sollen auf ihre Darstellung von Menschen mit Behinderung verstärkt achten.

5

Maria Pernegger stellte die Ergebnisse der Studie vor:

- **Unterschiede zwischen den Zeitungen**
Die sogenannten Qualitätsmedien („Die Presse“, „Der Standard“, „Kurier“) berichten mehr über Menschen mit Behinderung als die sogenannten Boulevard-Medien („heute“, „Kronen Zeitung“, „Österreich“). Auch in den ZIB-Sendungen kamen Menschen mit Behinderung kaum vor.

■ **Was wird berichtet?**

In den Medien wird vor allem über Wohltätigkeits-Veranstaltungen berichtet. Die UN-BRK verlangt aber das Gegenteil: Weg von der Wohltätigkeit!

Genauso oft kommen Menschen mit Behinderung in medizinischen Berichten vor, auch in Berichten über Unfälle oder über andere dramatische Ereignisse. Maria Pernegger nannte hier ein Beispiel: Den tragischen Trainingsunfall der Sportlerin Kira Grünberg.

Weniger Berichte fand sie zu den Themen Rechte von Menschen mit Behinderung, Barrierefreiheit, finanzielle Absicherung, Arbeitsmarkt. Diese Themen kommen vor allem in den Qualitätsmedien vor.

■ **Bildung**

Darüber wird in den Medien kaum berichtet. Ebenso wenig über den Alltag von Menschen mit Behinderung, Pflegegeld, Betreuung und ähnliches.

■ **Wie werden Menschen mit Behinderung dargestellt?**

Der Großteil der Berichte stellt Menschen mit Behinderung als Opfer dar.

■ **Sprache**

Besonders oft passiert in den Zeitungen ein Kindlichmachen von Erwachsenen. Oder Menschen mit Behinderung werden als Superhelden dargestellt: voller Kampfgeist, Disziplin und als Vorbild für andere.

■ **Bilder**

Menschen mit Behinderung werden oft gemeinsam mit Kindern, Natur, Tieren oder Pflanzen abgebildet. Meist werden Menschen auf ihre Behinderung reduziert. Das wird besonders deutlich in den Bildern.



■ Was soll verbessert werden?

Berichte über Menschen mit Behinderung sollen nicht nur auf den letzten Seiten der Zeitungen vorkommen. Männer und Frauen sollten gleichermaßen dargestellt werden (jetzt ist das Verhältnis 70 zu 30 Prozent).

Es gibt aber auch gute Entwicklungen: Menschen mit Behinderungen kommen mehr selbst zu Wort. Der Mensch und seine Leistung stehen mehr im Vordergrund (zum Beispiel der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble).

Auch politische Parteien sollten umdenken: Nur 3 Prozent ihrer Berichterstattung handeln von Menschen mit Behinderung.

Valentin Höber über den Kiwaniis Aktion Klub Leoben

Valentin Höber als Präsident stellte den Kiwanis Aktion Klub in Leoben (Steiermark) vor. Der Klub unterstützt verschiedene Projekte in Österreich und im Ausland. Bei Veranstaltungen werden auch Spenden gesammelt. Damit werden Menschen in schwierigen Situationen unterstützt. Der Klub hat derzeit 25 Mitglieder und ist sehr aktiv.



Jürgen Wieser vom Verein Down-Syndrom Österreich

DI Jürgen Wieser vom Verein Down-Syndrom Österreich sprach zum Thema: „Alles, außer gewöhnlich – Kommunikative Strategien zur besseren Medienwahrnehmung“. Als Vater einer Tochter mit Down-Syndrom erzählte er von seinen Erfahrungen bei der Gründung seines Vereins. Er berichtete von Schwierigkeiten, vor allem bei der Suche nach finanziellen Mitteln. 2012 konnte er seinen Traum von einem Down-Syndrom-Zentrum in der Steiermark verwirklichen. Die Kinder lernen hier Schreiben, Lesen und Rechnen und es gibt eigene Wohneinheiten. Ein anderer Schwerpunkt ist die medizinische Diagnostik. Durch Untersuchungen werden dabei Krankheiten oder Besonderheiten festgestellt.

Jürgen Wieser berichtete auch von seiner Zusammenarbeit mit den Medien. Die Medien waren ein wichtiger Partner für ihn, weil sie sein Anliegen bekannt machten. Er arbeitete auch mit Prominenten zusammen. Diese setzten sich für sein Down-Syndrom-Zentrum ein. Es war für ihn wichtig, das Bewusstsein für Inklusion bei den Menschen zu fördern. Jürgen Wieser arbeitete auch sehr stark mit Gefühlen, um eine entsprechende Breitenwirkung zu erzielen. Abschließend zeigte er ein Video, in dem Kinder mit Down-Syndrom ein glückliches Leben beanspruchen.

Diskussion zum Vortrag

Nach seinem Vortrag stellten Zuhörerinnen und Zuhörer Fragen, gaben Anregungen und äußerten auch Kritik. Zum Beispiel wurden die gefühlbetonten Berichte von Jürgen Wieser kritisiert. Die UN-BRK sagt, eine emotionale Darstellung fördert nicht die Gleichstellung. Es wurde auch kritisiert, dass es viel zu wenige Berichte über Menschen mit Behinderungen in den Medien gibt. Besonders über die Rechte von Menschen mit Behinderung gibt es kaum Berichterstattung.

Angemerkt wurde, dass Frauen mit Behinderung in den Medien kaum vorkommen. Frauen sind



noch stärker von Armut betroffen und stärker belastet.

Ein Projekt wurde positiv erwähnt: die „Inklusive Lehrredaktion“. Dort schreiben Menschen mit Lernschwierigkeiten Texte in Leichter Sprache.

Mehrfach kritisiert wurde die ORF-Sendung „Licht ins Dunkel“, da es dort nur um das Sammeln von Spenden geht. Auch Internet-Foren wurden kritisiert: Dort werden alte Muster verbreitet und es gibt kaum Gegenstimmen.

Günther Kräuter bedankte sich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern und eröffnete das Buffet. Nach der Mittagspause gab es verschiedene Workshops. Darüber berichten eigene Protokolle.

Nach der Arbeit in den Workshops versammelten sich wieder alle im Plenum. Die Ergebnisse aus den Workshops wurden für alle zusammengefasst.

Workshop 1: Menschen mit Behinderung und Armut

Mag. Johannes Carniel von der Volksanwaltschaft berichtete über die Diskussion im Workshop 1: Solange Menschen mit Behinderung nicht gleichgestellt sind, werden sie arm sein. Sehr viele Menschen mit Behinderung in Österreich sind arm. Das liegt daran, dass sie schwieriger Arbeit finden oder gar nicht arbeiten. Sie sind auch schlechter ausgebildet. Es ist schwieriger für sie, gesund zu bleiben. Das liegt auch daran, dass in Österreich nicht immer alle Kranken die gleiche Behandlung bekommen. Ein weiteres Problem ist oft die eingeschränkte Mobilität.

Viele Menschen mit Behinderung bekommen Mindestsicherung. Hier gibt es einige Regelungen, die Schwierigkeiten bereiten. Johannes Carniel sagte auch, dass die Mindestsicherung in den einzelnen Bundesländern verschieden geregelt ist.

Menschen mit Behinderung bekommen kein Arbeitslosengeld. Auch wenn sie arbeiten oder gearbeitet haben. Sie bekommen nur die bedarfsorientierte Mindestsicherung. Ein weiteres Problem: Sie haben keinen Anspruch auf eine eigene Sozialversicherung.

Die Regeln zu Arbeitsfähigkeit und zu Invaliditätspension müssen reformiert werden. Dazu muss auch die Politik aktiv werden.

Workshop 2: Menschen mit Behinderung – Wohnen und Arbeiten

Dr. Patricia Heindl-Kovac von der Volksanwaltschaft berichtete über den Workshop 2. Alle waren sich einig: Jede und jeder soll durch eigene Arbeit ihr oder sein Leben finanzieren können. Die Menschen mit Behinderung sollen nicht nur ein Taschengeld bekommen.

Einige interessante Lösungen wurden vorgestellt, zum Beispiel zum Thema Pensionsversicherung.

Über ein Ziel waren sich alle einig: volle Erwerbsarbeit. Das ist aber sehr schwer zu erreichen. Daraus ergibt sich eine andere Forderung: Die Arbeit soll sich den Menschen anpassen und nicht umgekehrt. Das Arbeitsrecht sollte überarbeitet werden.

Zum Thema Wohnen lautet das Ziel: ein selbstbestimmtes Leben in der Gemeinschaft oder in einer eigenen Wohnung. Die Wohnbau-



förderung wurde auch besprochen. Geförderte Wohnungen sollten immer barrierefrei sein.

Workshop 3: Menschen mit Behinderung auf der Flucht

Mag. Donja Noormofidi fasste die Diskussionen im Workshop 3 zusammen: Sie berichtete über die schwierige Situation von Flüchtlingen mit Behinderung. Sie sind besonders oft von Gewalt betroffen. Das Ziel wäre eine eigene Richtlinie für alle EU-Länder.

Unter anderem wurden diese Anregungen im Workshop 3 verfasst:

- Besonders Schutzbedürftige – zum Beispiel Menschen mit Behinderung – sollen im Asylverfahren eindeutig erkannt werden.
- Die Unterbringung muss barrierefrei sein.
- Gebärdendolmetscherinnen und Gebärdendolmetscher sollen zur Verfügung stehen.
- Bereits an den Grenzen sollen Menschen mit Behinderung, zum Beispiel Gehörlose, erkannt werden.

- Die Tagsätze für besonders Schutzbedürftige sollen erhöht werden. Ein Tagsatz ist das Geld, das für einen Flüchtling pro Tag bezahlt wird.

Am Ende des Forums bedankte sich Volksanwalt Günther Kräuter bei den Anwesenden. Er betonte, dass dieses Forum ein Anfang sein soll, damit die Situation für Menschen mit Behinderung verbessert wird.




Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber:
Volksanwaltschaft Wien, 2016

Kontakt:

Volksanwaltschaft
Singerstraße 17
Postfach 20, 1015 Wien

Telefon: +43 (0)1 515 05-0

Fax: +43 (0)1 515 05-190

Kostenlose Servicenummer:
0800 223 223

presse@volksanwaltschaft.gv.at

www.volksanwaltschaft.gv.at

